

Würzburger rechtswissenschaftliche Schriften

herausgegeben von der Juristischen Fakultät der Universität Würzburg

Patrick Fähnle

**Die Schließung
gesetzlicher Krankenkassen
aus arbeitsrechtlicher Sicht**

Ergon

Patrick Fähnle

Die Schließung gesetzlicher Krankenkassen
aus arbeitsrechtlicher Sicht

WÜRZBURGER
RECHTSWISSENSCHAFTLICHE SCHRIFTEN

Herausgegeben
von
der Juristischen Fakultät der Universität Würzburg

Band 99

ERGON VERLAG

Patrick Fähnle

Die Schließung gesetzlicher Krankenkassen
aus arbeitsrechtlicher Sicht

ERGON VERLAG

Zugl.: Würzburg, Univ., Diss., 2017

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Ergon – ein Verlag in der Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2017
Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung außerhalb des Urheberrechtsgesetzes bedarf der Zustimmung des Verlages.
Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen jeder Art, Übersetzungen, Mikroverfilmungen
und für Einspeicherungen in elektronische Systeme.
Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.
Satz: Matthias Wies, Ergon-Verlag GmbH
Umschlaggestaltung: Jan von Hugo

www.ergon-verlag.de

ISSN 1432-0339
ISBN 978-3-95650-276-7

Meinen Eltern

und

Elli

Vorwort

Das vorliegende Werk verfasste ich während meiner Tätigkeit als Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Sozietät Freshfields Bruckhaus Deringer LLP im Bereich des Arbeitsrechts in Frankfurt am Main. Die im Jahr 2016 eingereichte Arbeit wurde als Dissertation an der Juristischen Fakultät der Julius-Maximilians-Universität Würzburg angenommen und von Herrn Professor Dr. Christoph Weber betreut.

Ich danke an dieser Stelle den zahlreichen Personen, die mich sowohl in persönlicher als auch in fachlicher Hinsicht im Verlaufe meines Studiums, meines Referendariats und insbesondere bei der Erstellung dieser Arbeit unterstützt, gefördert und begleitet haben. Ich schätze mich sehr glücklich, dass ich in jeder dieser Phasen verlässliche und loyale Begleiter um mich wusste, die mit mir den Weg gegangen sind.

In besonderem Maße danke ich Herrn Professor Dr. Christoph Weber für die Bereitschaft, mich als externen Doktoranden angenommen zu haben. Er hat trotz meiner gleichzeitigen beruflichen Tätigkeit stets an den Erfolg der Dissertation geglaubt. In diesem Zusammenhang weiß ich auch zu schätzen, dass mich mein Team bei Freshfields Bruckhaus Deringer LLP unterstützt und außerhalb meiner Arbeitszeiten durchweg in Ruhe an der Dissertation hat arbeiten lassen.

Ganz besonderer Dank gilt meinem privaten Umfeld. Meine Eltern förderten meine juristische Ausbildung uneingeschränkt und hielten mir stets den Rücken frei. Sie glaubten immer an mich und behielten in jeder Lebensphase die Ruhe. Sie haben es erst möglich gemacht, dass ich sowohl in beruflicher als auch in privater Hinsicht den Weg gehen konnte, den ich gehen wollte. Dafür danke ich euch aus tiefstem Herzen!

Meiner bezaubernden Ehefrau Elli danke ich ganz besonders für die sagenhafte Geduld und Unterstützung, die sie mir während der Erstellung der Dissertation und aller meiner Vorhaben entgegenbrachte. Ich erinnere mich gerne an die Zeit, die wir gemeinsam nebeneinander in der Bibliothek verbracht haben, als wir beide an unseren Dissertationen gearbeitet haben. Mit ihr blicke ich gerne in die Zukunft und freue mich auf weitere Projekte, bei denen wir uns gegenseitig unterstützen und die wir gemeinsam in Angriff nehmen werden.

Stuttgart, 04. April 2017

Dr. Patrick Fährle

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis.....	25
Schrifttumsverzeichnis	33
A. Einleitung	55
I. Problemaufriss	55
II. Gang der Untersuchung.....	59
B. Gesetzliche Krankenversicherung im Überblick.....	61
I. Grundstrukturen des Systems der gesetzlichen Krankenkassen	62
1. Gegliedertes Krankenkassensystem	62
2. Gemeinsamkeiten	63
a) Grundsätzliches	63
b) Körperschaften des öffentlichen Rechts	64
c) Staatliche Aufsicht über die Krankenkassen.....	65
3. Krankenkassenarten im Einzelnen	67
a) Allgemeine Ortskrankenkassen	67
aa) Grundlagen	67
bb) Errichtung und Vereinigung.....	68
b) Betriebskrankenkassen.....	68
aa) Grundlagen	68
bb) Errichtung und Vereinigung.....	70
c) Innungskrankenkassen.....	71
aa) Grundlagen	71
bb) Errichtung und Vereinigung.....	72
d) Ersatzkassen	72
e) Sonstige Krankenkassenarten	73
II. Ursachen für die Schließung von Krankenkassen.....	74
1. Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung	75
a) Aufbringung der Mittel	76
b) Mittelzuweisungen	79
c) Wirtschaftlichkeitsgebot.....	81

aa)	Grundsätzliches Gebot der Krankenversicherung.....	81
bb)	Arbeitsrechtliche Auswirkungen des Wirtschaftlichkeitsgebots	82
2.	Gesetzgeberische Initiativen für mehr Wettbewerb.....	84
a)	Grundentscheidung.....	84
b)	Gesetz zur Sicherung und Strukturverbesserung der gesetzlichen Krankenversicherung.....	84
c)	Gesetz zur Stärkung des Wettbewerbs in der gesetzlichen Krankenversicherung.....	86
d)	Gesetz zur Weiterentwicklung der Organisationsstrukturen in der gesetzlichen Krankenversicherung.....	87
3.	Tatsächliche Auswirkungen der Reformen	88
a)	Schließung zweier Krankenkassen im Jahr 2011	89
aa)	Schließung der City BKK.....	89
bb)	Schließung der BKK für Heilberufe.....	90
cc)	Folgeprobleme	90
b)	Veränderung der Krankenkassenlandschaft.....	91
c)	Folgen für die Krankenkassenbeschäftigten.....	92
4.	Fazit	93
III.	Verschiedene Schließungstatbestände	94
1.	Allgemeine Ortskrankenkassen und Ersatzkassen	95
a)	Überblick	95
b)	Begriff der auf Dauer nicht mehr gesicherten Leistungsfähigkeit.....	95
2.	Betriebs- und Innungskrankenkassen	97
IV.	Verfahrensrechtliche Anforderungen an die Kassenschließung	98
1.	Maßnahmen vor Schließung einer Krankenkasse	98
a)	Informations- und Unterrichtungspflichten.....	99
b)	Vermeidungsmaßnahmen	100
2.	Schließungsbescheid der Aufsichtsbehörde.....	102
3.	Abwicklung der geschlossenen Krankenkasse.....	102
a)	Schicksal der Versicherten.....	103
b)	Abwicklungskörperschaft	103

c)	Haftung für Verbindlichkeiten der geschlossenen Krankenkasse	105
aa)	Abgestuftes Haftungskonzept.....	105
bb)	Zuständigkeit des Spitzenverbands Bund	108
cc)	Ansprüche der Arbeitnehmer	109
dd)	Bewertung des Haftungskonzepts	110
d)	Zuständigkeitsverteilung nach Schließung der Krankenkasse	110
aa)	Ursprüngliche Zuständigkeiten	111
bb)	Vorstand im Abwicklungszeitraum	111
cc)	Aufsichtsbehörde im Abwicklungszeitraum	112
V.	Klagebefugnis der Mitarbeiter gegen den Schließungsbescheid	112
1.	Problemaufriss.....	112
2.	Kein drittschützender Charakter der Schließungsvorschriften	114
3.	Ergebnis.....	117
C.	Individualarbeitsrechtliche Probleme bei Schließung von Krankenkassen	119
I.	Problemaufriss	119
II.	Beendigung der Arbeitsverhältnisse infolge der Umwandlung zur Abwicklungskörperschaft	122
1.	Grundlagen	122
2.	Sichtweise der beklagten Krankenkassen.....	123
3.	Rechtsträgeridentität	124
a)	Einleitung	124
b)	Übergang von Arbeitsverhältnissen	124
c)	Gesetzliche Regelungen zur Rechtsträgeridentität	127
d)	Wortlaut des § 155 Abs. 1 Satz 2 SGB V.....	128
aa)	„Fortbestehens“-Wirkung des § 155 Abs. 1 Satz 2 SGB V.....	128
bb)	Vergleichbare Auslegung anderer Abwicklungsvorschriften	129
(1)	Abwicklung einer Gesellschaft des bürgerlichen Rechts.....	130

(2) Liquidation von Vereinen	131
(3) Vergleichbarkeit dieser Vorschriften	132
cc) Sonstige im Wortlaut verankerte Anhaltspunkte	133
dd) Zwischenergebnis	133
e) Systematische Erwägungen	134
aa) Fehlen von Errichtungsvorschriften	135
bb) Rechtsauffassung der Finanzverwaltung	137
cc) Beendigungsanordnung des § 164 Abs. 4 Satz 1 SGB V	137
dd) Zwischenergebnis	139
f) Historische Auslegung	140
aa) Parallelen zu den Vorschriften der Reichsversicherungsordnung	140
bb) Vorrang der Schließung vor der Insolvenz im Jahr 2008	142
cc) Einführung der Achtwochenfrist im Jahr 2011	144
dd) Zwischenergebnis	145
g) Sinn und Zweck der Vorschriften	146
h) Zusammenfassung	146
4. Beendigung infolge der Teilrechtsfähigkeit der Abwicklungskörperschaft	148
a) Wortlaut des § 155 Abs. 1 Satz 2 SGB V als Ausgangspunkt	149
aa) Vollständige Versagung der Rechtsfähigkeit	149
bb) Anhaltspunkte im Wortlaut	150
b) Rechtsfähigkeit juristischer Personen im deutschen Recht	151
c) Systematische Erwägungen	152
aa) Rechtssicherheit durch § 164 Abs. 4 Satz 1 SGB V	152
bb) Grenzen der Rechtsfähigkeit	154
cc) Liquidation von Vereinen	156
(1) Rechtsprechung	157
(2) Herrschende Meinung in der Literatur	158

	(3) Zusammenfassung des Meinungsstandes	159
	dd) Ausnahmen für juristische Personen des öffentlichen Rechts.....	159
	d) Fazit.....	162
	5. Ergebnis.....	164
III.	Unterbringungsangebote gegenüber Dienstordnungsangestellten.....	165
	1. Grundlagen	165
	2. Beschäftigtenstruktur in den gesetzlichen Krankenkassen.....	167
	3. Rechtsstellung der Dienstordnungsangestellten	169
	4. Anforderungen an das Unterbringungsangebot	172
	a) Generelle Pflicht zur Durchführung des Unterbringungsverfahrens	173
	b) Dienstordnungsmäßige Stellung.....	174
	aa) Gesetzgebungsmaterialien	174
	(1) Gesetzesbegründung zu § 164 Abs. 3 SGB V.....	174
	(2) Gesetzesbegründung zu § 213 SGB V	175
	(3) Zusammenfassung	177
	bb) Rückgriff auf beamtenrechtliche Grundsätze	177
	(1) Amtsbegriff im Beamtenrecht.....	177
	(2) Statusrechtliche Vergleichbarkeit von Dienstordnungsangestellten	178
	(3) Parallelen bei Auflösung von Körperschaften	179
	(4) Übertragbarkeit der Auslegung der Versetzungsnormen.....	182
	(5) Zwischenergebnis	183
	c) Kein auffälliges Missverhältnis.....	183
	d) Zwischenfazit.....	183
	e) Einzelfragen	184
	aa) Beibehaltung der bisherigen Laufbahngruppe.....	185
	(1) Beamtenrechtliche Laufbahnregelungen	185
	(2) Übertragbarkeit.....	187

bb)	Bewahrung des Dienstordnungscharakters der Anstellung.....	189
cc)	Unterschiede in der Besoldung	190
	(1) Beamtenbesoldung bei Auflösung einer Körperschaft	190
	(2) Rechtsprechung zur Unterbringung ordentlich unkündbarer Beschäftigter	191
	(3) Unterschiede zu Dienstordnungsangestellten.....	191
	(4) Zwischenergebnis	193
dd)	Beibehaltung des bisherigen Aufgabengebiets.....	194
	(1) Gegensätzliche Interessen der Beschäftigten und den Krankenkassen	194
	(2) Aufgabenberührende Versetzungen im Beamtenrecht	195
	(3) Übertragbarkeit.....	196
	(4) Sonderfall: Keine Unterbringung in Untätigkeit.....	197
	(5) Fazit.....	198
ee)	Berücksichtigung von Beförderungsmöglichkeiten.....	199
ff)	Wechsel des Dienstortes.....	199
	(1) Beamtenrechtlicher Status bei Ortswechsel.....	200
	(2) Ortswechsel im Unterbringungsverfahren	200
	(3) Zusammenfassung	202
gg)	Kündigung von Dienstordnungsangestellten aus wichtigem Grund.....	202
5.	Ergebnis.....	203
IV.	Unterbringungsangebote gegenüber übrigen Beschäftigten	205
1.	Einleitung.....	205
2.	Unterschiede zur Unterbringung von Dienstordnungsangestellten.....	206
3.	Gruppe der übrigen Beschäftigten von Orts- und Innungskrankenkassen.....	207

a)	Zumutbarkeit im Sinne des § 164 Abs. 3 Satz 3 SGB V	207
aa)	Zumutbarkeitsbegriff	207
bb)	Bestimmung der Zumutbarkeit anhand vergleichbarer Vorschriften	208
cc)	Abwägungsrelevante Interessen	211
dd)	Umkehrschluss aus dem Direktionsrecht	212
ee)	Zwischenergebnis	214
b)	Einzelfragen	214
aa)	Besoldungsunterschiede	215
(1)	Keine Ausgleichsansprüche nach § 164 Abs. 3 Satz 2 SGB V	216
(2)	Strenger Maßstab der Rechtsprechung	217
(3)	Eigene Auffassung	220
(i)	Unterschiede zur Unterbringung eines Dienstordnungsangestellten	221
(ii)	Grundsätze zur Änderungskündigung als Bezugspunkt	222
(iii)	Unterschiedliche Ausgangslage im Unterbringungsverfahren	223
(iv)	Vergleichbarkeit mit der Änderungskündigung nach Betriebsübergang	224
(v)	Lösungsvorschlag	225
(vi)	Absolute Untergrenzen	227
(4)	Zusammenfassung	228
bb)	Tarifvertragliche Bindungen	229
cc)	Veränderter Tätigkeitsbereich	229
(1)	Tätigkeit im Rahmen der bisherigen arbeitsvertraglichen Pflichten	230
(2)	Aliud oder Unterwertigkeit der neuen Tätigkeit	230
(3)	Sonderfall: Neue Tätigkeit und Entgeltreduzierung	232
dd)	Anrechnung der Vorbeschäftigungszeiten	233
(1)	Bedeutung der Vorbeschäftigungszeiten	233

(2) Meinungsstand in Rechtsprechung und Literatur	234
(3) Keine automatische Anrechnung.....	236
(4) Angebot auf Besitzstandswahrung	237
(5) Zwischenergebnis	240
ee) Ortswechsel.....	240
ff) Unterbreitung befristeter Unterbringungsangebote	242
c) Ausnahmen bei befristet Beschäftigten	242
aa) Befristete Beschäftigungsverhältnisse	242
bb) Beschäftigte in Altersteilzeit	243
d) Fazit.....	245
4. Gruppe der übrigen Angestellten von Betriebskranken- und Ersatzkassen.....	246
a) Einleitung	246
b) Kreis der ordentlich kündbaren Mitarbeiter.....	246
aa) Tarif- oder individualvertraglicher Sonderkündigungsschutz.....	246
(1) Maßgeblicher Zeitpunkt.....	246
(2) Einbeziehung dieses Mitarbeiterkreises	249
bb) Genereller Ausschluss der ordentlichen Kündigung durch Gesetz.....	250
cc) Arbeitnehmervertreter im Unterbringungsverfahren	252
(1) Hintergründe des Kündigungsschutzes	252
(2) Meinungsstand in Rechtsprechung und Literatur	254
(3) Unterbringungsverpflichtung von Personalratsmitgliedern.....	255
(i) Anwendbarkeit des § 15 Abs. 4 KSchG	255
(ii) Kündigungsrechtliche Stellung.....	258
(iii) Zwischenergebnis	259
dd) Kündigungsverbote mit Erlaubnisvorbehalt.....	260
(1) Grundlagen	260

(2) Meinungsstand in Rechtsprechung und Literatur	260
(3) Rechtslage bei betriebsbedingten Kündigungen	262
(4) Sinn und Zweck des Gesetzes	264
(5) Einzelfälle	265
(6) Zwischenergebnis	266
ee) Sonstige Fälle der ordentlichen Unkündbarkeit	267
ff) Zwischenergebnis	267
c) Rechtsstellung der ordentlich unkündbaren Beschäftigten	268
d) Rechtsstellung der ordentlich kündbaren Beschäftigten	269
aa) Keine Unterbringungsverpflichtung	269
(1) Eindeutiger Ausschluss des Beschäftigtenkreises	269
(2) Analoge Anwendung des § 164 Abs. 4 Satz 9 SGB V	270
bb) Verfassungsrechtliche Bedenken	273
(1) Einführung	273
(2) Vorliegen einer Ungleichbehandlung	274
(3) Rechtfertigung der Ungleichbehandlung	276
(i) Meinungsstand	276
(ii) Vergleichsgruppe der ordentlich unkündbaren Beschäftigten einer Betriebskranken- und Ersatzkasse	276
(iii) Vergleichsgruppe der ordentlich kündbaren Beschäftigten einer Orts- und Innungskrankenkasse	277
(4) Rechtsfolgen der Ungleichbehandlung	279
cc) Zwischenergebnis	280
5. Ergebnis	281
V. Auswahl der Beschäftigten im Unterbringungsverfahren	282
1. Überblick	282

2.	Keine Ablehnungsrechte der aufnehmenden Rechtsträger	283
3.	Kriterien der Auswahlentscheidung	288
a)	Auswahlentscheidung in Bezug auf die übrigen Beschäftigten	289
b)	Auswahl unter den Dienstordnungsangestellten	293
4.	Ergebnis	294
VI.	Ablauf des Unterbringungsverfahrens	294
1.	Überblick	294
2.	Erfassung der Beschäftigtendaten	295
3.	Einholung verfügbarer Unterbringungsstellen	296
4.	Abgabe der Unterbringungsangebote	298
a)	Art und Weise der Angebotsunterbreitung	298
b)	Hinreichende Bestimmtheit der Unterbringungsangebote	300
c)	Zeitpunkt der Angebotsunterbreitung	300
5.	Annahme der Unterbringungsangebote	301
6.	Ergebnis	302
VII.	Rechtsfolgen erfolgreicher Unterbringung	303
1.	Überblick	303
2.	Rechtsstellung gegenüber der aufnehmenden Körperschaft	303
a)	Kein automatischer Eintritt in die Beschäftigungsverhältnisse	303
b)	Neubegründung der vertraglichen Beziehungen	305
c)	Ansprüche gegenüber der geschlossenen Krankenkasse	306
d)	Möglichkeit nachträglicher Personalanpassungen	306
3.	Kein Fortbestand des Beschäftigungsverhältnisses mit geschlossener Krankenkasse	307
4.	Ergebnis	310
VIII.	Rechtsfolgen erfolgloser Unterbringung unterbringungsberechtigter Beschäftigter	311
1.	Fortbestand der Arbeitsverhältnisse mit der geschlossenen Krankenkasse	311
a)	Überblick	311

b)	Ablehnung ordnungsgemäßer Unterbringungsangebote	312
c)	Ablehnung nicht ordnungsgemäßer Unterbringungsangebote	314
aa)	Beendigung aller Arbeitsverhältnisse	315
bb)	Ordnungsgemäßes Unterbringungsverfahren erforderlich.....	318
(1)	Tragende Argumente des Bundesarbeitsgerichts	318
(2)	Ergänzende Erwägungen	320
cc)	Stellungnahme	321
(1)	Wortlaut des § 164 Abs. 4 Satz 1 SGB V	322
(2)	Entgegenstehende Systematik	322
(3)	Sinn und Zweck der Unterbringungs Vorschriften	323
(4)	Gesetzesmaterialien	327
(5)	Verfassungsrechtliche Bedenken.....	328
(i)	„Tabula-Rasa“-Lösung.....	328
(ii)	Weitergehende Einschränkungen.....	330
d)	Zwischenergebnis	334
2.	Sonstige Ansprüche bei fehlerhaftem Unterbringungsverfahren.....	334
a)	Überblick	334
b)	Ansprüche gegenüber der Abwicklungskörperschaft	335
c)	Ansprüche im Zusammenhang mit der Unterbringungsverpflichtung.....	336
aa)	Erfüllungsanspruch	336
bb)	Richtiger Klagegegner	337
cc)	Schadensersatzansprüche.....	340
3.	Ergebnis.....	341
IX.	Rechtsfolgen der Schließung für nicht unterbringungsberechtigte Mitarbeiter	341
1.	Problemaufriss.....	341

2. Beendigung sämtlicher Arbeitsverhältnisse zum Schließungszeitpunkt	343
3. Unanwendbarkeit der Beendigungsanordnung	346
4. Stellungnahme	348
a) Keine bedingungslose Erstreckung auf ordentlich kündbare Mitarbeiter.....	348
aa) Ablehnung der „Tabula-Rasa“-Lösung.....	348
bb) Kein Wertungswiderspruch	349
cc) Keine Gleichstellung mit Insolvenz privatrechtlicher Unternehmen.....	352
dd) Gesetzesmaterialien	353
ee) Verfassungsrechtliche Bedenken	354
(1) Art. 12 GG.....	355
(2) Art. 3 GG.....	358
(i) Schließung einer Innungs- und Ortskrankenkasse.....	359
(ii) Insolvenz einer Betriebskranken- und Ersatzkasse	360
(iii) Insolvenz eines privaten Unternehmens	361
(iv) Fazit.....	362
ff) Zwischenfazit	362
b) Überobligatorische Unterbringungsangebote.....	363
aa) Überblick.....	363
bb) Gegenteilige Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts	364
cc) Verweisungstechnik lässt Spielraum für andere Auslegung.....	366
dd) Auslösung der Beendigungsanordnung durch Angebotsunterbreitung	367
ee) Keine verfassungsrechtlichen Bedenken gegenüber dieser Lösung.....	370
ff) Praktische Umsetzungsschwierigkeiten nicht ausschlaggebend	370
5. Ergebnis.....	371

X.	Insolvenz von Krankenkassen als Alternative zur Schließung.....	372
1.	Überblick über die Vorschriften zur Insolvenz von Krankenkassen	372
2.	Tatbestandliche Voraussetzungen der Insolvenz.....	372
3.	Verhältnis zwischen Schließung und Insolvenz	373
4.	Arbeitsrechtliche Fragen bei der Insolvenz von Krankenkassen	375
a)	Überblick	375
b)	Ungleichbehandlung durch § 171d Abs. 1 Satz 5 SGB V bei Schließung einer Betriebskranken- und Ersatzkasse	375
c)	Gesetzesbegründung zum Vorrangverhältnis.....	377
d)	Keine weiteren Rechtfertigungsgründe für die Ungleichbehandlung.....	380
e)	Fazit.....	381
D.	Kollektivarbeitsrechtliche Fragen bei Schließung von Krankenkassen.....	383
I.	Besonderheiten des Personalvertretungsrechts bei Kassenschließungen	383
1.	Personalratsbeteiligung im Vorfeld der Kassenschließung.....	384
a)	Mitwirkungsrechte bei der Schließungsentscheidung..	384
aa)	Grundlagen zum Mitwirkungsrecht	384
bb)	Anwendbarkeit bei Kassenschließungen.....	385
b)	Erzwingbarkeit eines Sozialplanes	388
aa)	Risiken eines Sozialplanes	388
bb)	Entscheidung außerhalb der Dienststellenverfassung	390
cc)	Keine Rationalisierungsmaßnahme der Sache nach	391
dd)	Fazit.....	393
c)	Personalrat im Unterbringungsverfahren.....	394
aa)	Beteiligungsrechte der Personalvertretung der zu schließenden Krankenkasse.....	395

(1) Mitwirkung bei der Vorbereitung von Verwaltungsanordnungen	395
(2) Mitbestimmung bei Übertragung neuer Tätigkeiten	396
(3) Mitbestimmung bei Versetzungen	396
(4) Keine analoge Anwendung der Mitbestimmungsrechte	397
(5) Mitwirkung bei der Kündigung	397
(i) Ausspruch einer Kündigung vor der Kassenschließung	397
(ii) Analoge Anwendung des Beteiligungsrechts bei der Beendigung auf Grundlage der Beendigungsanordnung	397
bb) Beteiligungsrechte der Personalvertretungen der aufnehmenden Krankenkassen	399
d) Zwischenergebnis	399
2. Personalvertretung nach Schließung der Krankenkasse	400
a) Schicksal der Personalvertretung nach Schließung der Krankenkasse	400
aa) Personalrat nach Auflösung der Dienststelle im öffentlichen Recht	400
(1) Problemaufriss	400
(2) Restmandat des Betriebsrats	401
(3) Entsprechende Anwendung im Geltungsbereich des Personalvertretungsrechts	402
bb) Stellung des Personalrats der geschlossenen Krankenkasse	403
(1) Kein Vollmandat des Personalrats	403
(2) Restmandat des Personalrats	405
(3) Beendigung der Dienstverhältnisse der Personalratsmitglieder	407
cc) Fazit	407
b) Fortgeltung bestehender Dienstvereinbarungen	408
c) Umfang der Mitbestimmungsrechte nach Schließung der Krankenkasse	410

3.	Ergebnis.....	410
II.	Besonderheiten des Tarifrechts bei Kassenschließungen.....	411
1.	Übersicht.....	411
2.	Tarifvertragliche Bindungen und Unterbringungsverfahren	411
a)	Tarifbindung der Krankenkassen	411
b)	Fortgeltung der Tarifverträge nach erfolgter Unterbringung	412
c)	Transformation der bisherigen Tarifverträge.....	413
d)	Keine Anwendungspflicht aufgrund des Zumutbarkeitserfordernisses	413
aa)	Beidseitige Tarifbindung nach Unterbringung	414
bb)	Keine beidseitige Tarifgebundenheit.....	414
e)	Anrechnung erlangter Besitzstände	415
f)	Zwischenergebnis	417
3.	Fortwirkung der Tarifverträge bei der Abwicklungskörperschaft	418
4.	Maßnahmen zur Abmilderung wirtschaftlicher Nachteile	419
a)	Rationalisierungstarifverträgen bei betriebsbedingten Kündigungen.....	419
b)	Abfindungsansprüche bei Ablehnung ordnungsgemäßer Unterbringungsangebote	420
5.	Ergebnis.....	421
E.	Ergebnis in Thesen.....	423
I.	Grundlagen zu Kassenschließungen.....	423
II.	Auswirkungen der Abwicklungskonstruktion auf die Arbeitsverhältnisse	424
III.	Unterbringungsverpflichtung.....	425
IV.	Unterbringungsverfahren	427
V.	Beendigung von Arbeitsverhältnissen	428
VI.	Parallelen zur Kasseninsolvenz	429
VII.	Besonderheiten des Personalvertretungsrechts bei Kassenschließungen	430
VIII.	Besonderheiten des Tarifrechts bei Kassenschließungen.....	431

Abkürzungsverzeichnis

2. BesVNG	Zweites Gesetz zur Vereinheitlichung und Neuregelung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern.
a.A.	andere Auffassung.
a.F.	alte Fassung.
AbgG	Abgeordnetengesetz.
Abs.	Absatz.
AcP	Archiv für civilistische Praxis (Zeitschrift).
AG	Aktiengesellschaft.
AGG	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz.
AktG	Aktiengesetz.
allg.	allgemein.
Anm.	Anmerkung.
AOK	Allgemeine Ortskrankenkasse.
AP	Arbeitsrechtliche Praxis.
APS	Ascheid/Preis/Schmidt (Publikation).
ArbG	Arbeitsgericht.
ArbR	Arbeitsrecht.
ArbRAktuell	Arbeitsrecht Aktuell (Zeitschrift).
ArbRB	Arbeits-Rechts-Berater (Zeitschrift).
Art.	Artikel.
ATG	Altersteilzeitgesetz.
ATZG	Altersteilzeitgesetz.
AuR	Arbeit und Recht (Zeitschrift).
BAG	Bundesarbeitsgericht.
BAT	Bundes-Angestelltentarif.
BB	Betriebs-Berater (Zeitschrift).
BBesG	Bundesbesoldungsgesetz.
BBG	Bundesbeamtengesetz.
BBiG	Berufsbildungsgesetz.
BDStG	Bundesdatenschutzgesetz.
BeamtStG	Beamtenstatusgesetz.
BeckOK	Beck'scher Online-Kommentar (Publikation).

BeckRS	Beck-Rechtsprechung.
BEEG	Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz.
Begr.	Begründer.
BetrAVG	Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung.
BetrVG	Betriebsverfassungsgesetz.
BG	Die Berufsgenossenschaft (Zeitschrift).
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch.
BGBI.	Bundesgesetzblatt.
BGH	Bundesgerichtshof.
BImSchG	Bundesimmissionsschutzgesetz.
BKK	Betriebskrankenkasse.
BKK	Die Betriebskrankenkasse (Zeitschrift).
BKR	Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht (Zeitschrift).
BLV	Bundeslaufbahnverordnung.
BPersVG	Bundespersonalvertretungsgesetz.
BPUVZ	Betriebliche Prävention und Unfallversicherung (Zeitschrift).
BRD	Bundesrepublik Deutschland.
BRRG	Beamtenrechtsrahmengesetz.
BSG	Bundessozialgericht.
BSGE	Entscheidungen des Bundessozialgerichts.
bspw.	beispielsweise.
BT-Drucks.	Bundestagsdrucksache.
BuP	Betrieb und Personal (Zeitschrift).
BVA	Bundesversicherungsamt.
BVerfG	Bundesverfassungsgericht.
BVerfGG	Gesetz über das Bundesverfassungsgericht.
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht.
bzgl.	bezüglich.
CDU	Christlich Demokratische Union.
CSU	Christlich-Soziale Union.
DÄ	Deutsches Ärzteblatt (Zeitschrift).
DB	Der Betrieb (Zeitschrift).

DDR	Deutsche Demokratische Republik.
DM	Deutsche Mark.
DO-Recht	Dienstordnungsrecht.
DÖV	Die öffentliche Verwaltung (Zeitschrift).
DStR	Deutsches Steuerrecht (Zeitschrift).
DstR-Beih.	Deutsches Steuerrecht Beihefter (Zeitschrift).
DVB1.	Deutsche Verwaltungsblätter (Zeitschrift).
e.V.	eingetragener Verein.
EG	Europäische Gemeinschaften.
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche.
Einl.	Einleitung.
EL	Ergänzungslieferung.
ErfK	Erfurter Kommentar (Publikation).
f.	folgende.
FamFG	Gesetz zur Reform des Verfahrens in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit.
FDP	Freie Demokratische Partei.
ff.	fortfolgende.
Fn.	Fußnote.
FS	Festschrift.
G+G	Gesundheit und Gesellschaft (Zeitschrift).
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts.
GenG	Gesetz betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften.
GesR	GesundheitsRecht (Zeitschrift).
GewArch	Gewerbearchiv (Zeitschrift).
GewO	Gewerbeordnung.
GG	Grundgesetz.
ggf.	gegebenenfalls.
GKÖD	Gesamtkommentar Öffentliches Dienstrecht (Publikation).
GKV	Gesetzliche Krankenversicherung.
GKV-FQWG	Gesetz zur Weiterentwicklung der Finanzstruktur und der Qualität in der gesetzlichen Krankenversi-

	cherung.
GKV-OrgWG	Gesetz zur Weiterentwicklung der Organisationsstrukturen in der gesetzlichen Krankenversicherung.
GKV-VStG	Gesetz zur Verbesserung der Versorgungsstrukturen in der gesetzlichen Krankenversicherung.
GKV-WSG	Gesetz zur Stärkung des Wettbewerbs in der GKV – Wettbewerbsstärkungsgesetz.
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung.
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung – GmbH-Gesetz.
GRC	Charta der Grundrechte der Europäischen Union.
GRG	Gesetz zur Strukturreform im Gesundheitswesen (Gesundheits-Reformgesetz).
GSG	Gesundheitsstrukturgesetz.
GuP	Gesundheit und Pflege (Zeitschrift).
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen.
GWR	Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht (Zeitschrift).
h.M.	herrschende Meinung.
HGB	Handelsgesetzbuch.
HK	Handkommentar.
hrsg.	herausgegeben.
Hs.	Halbsatz.
HwO	Handwerksordnung.
i.S.	im Sinne.
i.S.d.	im Sinne des.
i.S.v.	im Sinne von.
i.V.m.	in Verbindung mit.
insb.	insbesondere.
InsO	Insolvenzordnung.
JuS	Juristische Schulung (Zeitschrift).
Kap.	Kapitel.
KK	Krankenkassen.
KKInsV	Verordnung zur Aufteilung und Geltendmachung der Haftungsbeiträge durch den Spitzenverband Bund der Krankenkassen bei Insolvenz oder Schließung einer Krankenkasse.

KKW	Kommentar zum Sozialrecht (Publikation).
KR	Kündigungsrecht.
KrV	Die Krankenversicherung (Zeitschrift).
KSchG	Kündigungsschutzgesetz.
KSchR	Kündigungsschutzrecht.
LAG	Landesarbeitsgericht.
LG	Landgericht.
LKV	Landes- und Kommunalverwaltung (Zeitschrift).
LPK-SGB V	Lehr- und Praxiskommentar zum Sozialgesetzbuch V (Publikation).
Ls.	Leitsatz.
LSG	Landessozialgericht.
LSV	Landwirtschaftliche Sozialversicherung.
LSV-NOG	LSV-Neuordnungsgesetz.
m.E.	meines Erachtens.
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen.
MAH	Münchener Anwaltshandbuch (Publikation).
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht (Zeitschrift).
MedR	Medizinrecht (Zeitschrift).
Morbi-RSA	morbidityorientierter Risikostrukturausgleich.
MTV	Manteltarifvertrag für die Beschäftigten der Betriebskrankenkassen vom 15.03.2010.
MüKo	Münchener Kommentar (Publikation).
MuSchG	Mutterschutzgesetz.
n.V.	nicht veröffentlicht.
NJOZ	Neue Juristische Online-Zeitschrift (Zeitschrift).
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschrift).
NJW-Beil.	Neue Juristische Wochenschrift Beilage (Zeitschrift).
Nk	NomosKommentar (Publikation).
Nr.	Nummer.
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht (Zeitschrift).
NVwZ-Beil.	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht Beilage (Zeitschrift).
NVwZ-RR	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht Rechtsprechungs-Report (Zeitschrift).